

Evangelische Verantwortung

„Es ist Zeit für Taten!“

Interview mit dem Kanzlerkandidaten von CDU und CSU, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber

Evangelische Verantwortung: Sehr geehrter Herr Stoiber, in einigen Tagen ist die Bundestagswahl. Sie haben intensive Wochen des Wahlkampfes hinter sich, mit was für Gefühlen und Empfindungen gehen Sie in die letzten Tage vor der Wahl?

Stoiber: Ich gehe mit voller Zuversicht in die letzten Tage des Wahlkampfes. Denn überall erfahren wir großen Zuspruch für unsere Politik. Wir stehen am 22. September vor einer wirklichen Richtungsentscheidung: weiter abwärts oder aufwärts. Welche Potenziale in diesem Land stecken, hat uns nicht zuletzt die schlimme Flutwasserkatastrophe gezeigt: Viele Menschen waren bereit, sich mit aller Kraft für ihr Land, für den Nachbarn einzusetzen.

Aus den meisten Begegnungen nehme ich eine Botschaft mit: Die Menschen bei uns machen sich große Sorgen um die Zukunft unseres Landes. Sie sind von der Regierung sehr enttäuscht. Sie haben genug von einer Politik der gebrochenen Versprechen. Sie haben genug von einer Politik, die Deutschland zum wirtschaftlichen Schlusslicht in Europa gemacht hat: Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum, Schlusslicht beim Beschäftigungswachstum. Nur bei den Unternehmenspleiten und bei der Neuverschuldung ist Deutschland Spitzen-



„Wir stehen am 22. September vor einer wirklichen Richtungsentscheidung: weiter abwärts oder aufwärts.“

reiter in Europa. Das haben die Menschen in Deutschland nicht verdient!

Evangelische Verantwortung: Sie haben sich bei der Bundestagung des EAK in Würzburg leidenschaftlich für ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit eingesetzt. Wie wollen Sie diese erreichen?

Stoiber: Ihre beeindruckende Bundestagung in Würzburg war mir ein will-

kommener Anlass, gravierende soziale Schieflagen in Deutschland deutlich zu machen. 83 % der Deutschen beklagen heute einen Verlust an sozialer Gerechtigkeit, eine erschreckende Zahl!

Die rot-grüne Bundesregierung hat in den letzten vier Jahren durch ihre verfehlte Steuer-, Renten- und Gesundheitspolitik eine soziale Schieflage verursacht. Das trifft vor allem die Menschen mit geringen Einkommen hart, wenn ich zum Beispiel an deren Belastungen durch die Ökosteuer oder die hohen Krankenkassenbeiträge denke. Oder nehmen Sie die Riester-Rente: Der Chef eines Supermarktes erhält danach eine wesentlich höhere Förderung als seine viel geringer verdienende Verkäuferin! Das ist sozial ungerecht. Dies werden wir ändern!

Die größte soziale Ungerechtigkeit aber ist die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland – mit all ihren negativen Folgen für die Betroffenen. Hier werden wir gleich nach der Wahl ansetzen. Denn sozial ist, was Arbeit schafft! Wir werden daher Anreize dafür schaffen, dass neue Arbeitsplät-

Themen:

Editorial	3
Der 11. September	4
Christen im Heiligen Land	7
Überlegungen zur Wertedebatte	8
Evangelisches Leserforum	13

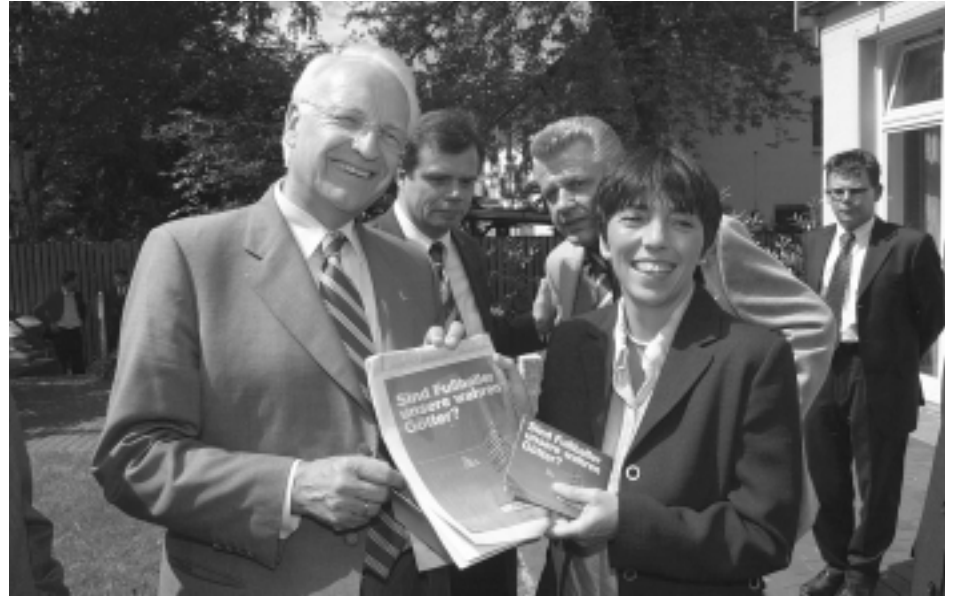
ze entstehen. Dazu brauchen wir Impulse im sog. Niedriglohnbereich, z. B. bei den 325-Euro-Jobs. Wir wollen die alte 630-Mark-Regelung wieder einführen – und sogar noch mehr: Dem Arbeitnehmer sollen in solchen Beschäftigungsverhältnissen 400 Euro brutto für netto in der Tasche bleiben. Für den Bereich zwischen 401 und 800 Euro wollen wir die Sozialabgaben senken, außerdem sollen durch Kombilöhne für Arbeitslose Anreize zur Arbeitsaufnahme geschaffen werden. Insgesamt müssen wir dafür sorgen, dass es in Deutschland wirtschaftlich wieder aufwärts geht. Denn wirtschaftliche Stärke ist die Voraussetzung für sozialen Ausgleich – im Bereich etwa der Familienpolitik ebenso wie im Bildungsbereich und hier speziell auch bei der Förderung der Schwächeren.

Evangelische Verantwortung: Viele Christen in Deutschland hoffen, dass Sie nach dem 22. September eine Politik gestalten, die wieder mehr auf die Betonung der christlichen Werte setzt. Ist diese Hoffnung berechtigt?

Stoiber: Aus christlicher Grundüberzeugung heraus Politik engagiert zu gestalten, ist für mich eine besondere Verpflichtung. Das bedeutet, Verantwortung zu übernehmen: Verantwortung für die Freiheit, Verantwortung für kommende Generationen, Verantwortung für Mitmenschlichkeit, Subsidiarität und soziale Gerechtigkeit.

Richtschnur der Politik von CDU und CSU war, ist und bleibt daher das christliche Menschenbild.

Eine Volkspartei, die verschiedene gesellschaftliche Strömungen integrieren will und muss, kann zwar nicht einfach die Positionen der christlichen Kirchen übernehmen. Aber das christliche Wertefundament ist bei allen politischen Grundsatzentscheidungen ein guter Kompass. Als Beispiele nenne ich nur unsere Politik für den unbedingten Vorrang von Ehe und Familie vor anderen Lebensgemeinschaften oder für den Schutz ungeborenen Lebens. Auch beim Embryonenschutz – um ein weiteres aktuelles Thema aufzugreifen – ist für mich die Orientierung am christ-



Edmund Stoiber und Margot Käßmann im Gespräch über die Öffentlichkeitskampagne des EKD.

lichen Menschenbild Leitschnur, z. B. im Zusammenhang mit der Bewertung der Präimplantationsdiagnostik.

In diesem Sinn können sich die Menschen darauf verlassen, dass bei einem Wahlerfolg der Union am 22. September eine Politik gestaltet wird, deren Fundament die christlichen Werte sind: CDU und CSU stehen für die Balance zwischen Freiheit und Eigenverantwortung auf der einen und gesellschaftlicher Solidarität auf der anderen Seite.

Die evangelische Sozialethik und die katholische Soziallehre sind für uns dabei die Wegweiser für eine sozial gerechte Politik.

Nach einem Regierungswechsel wäre es für mich – wie ich vielleicht noch hinzufügen darf – eine Selbstverständlichkeit, meinen Amtseid als Bundeskanzler unter Berufung auf Gott abzuleisten.

Evangelische Verantwortung: Sie haben sich in den letzten Wochen mit hochrangigen Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland getroffen. Was war Ihnen bei diesen Treffen eindrücklich?

Stoiber: Seit vielen Jahren ist mir ein enger und konstruktiver Dialog mit

den Kirchen und Religionsgemeinschaften ein besonderes Anliegen. Diese gute Tradition möchte ich auch in Zukunft in Deutschland fortsetzen.

Bei den von Ihnen angesprochenen Treffen mit Herrn Präses Kock und Frau Landesbischöfin Käßmann war eines der Hauptthemen die Familienpolitik. Wir haben festgestellt, dass es gemeinsame Aufgabe von Kirche und Politik ist, das christliche Leitbild der Familie zu schützen und zu fördern, Benachteiligungen bei der Gründung einer Familie abzubauen. Wir waren uns auch darin einig, dass die Familien in ihrer Erziehungsaufgabe gestärkt werden müssen, damit Kinder Orientierung und Halt bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit finden können. Diese Gespräche waren sehr konstruktiv.

Evangelische Verantwortung: War Ihnen Ihr Glaube während des Wahlkampfes eine Hilfe?

Stoiber: Mein christlicher Glaube ist mir in allen Phasen des Lebens eine große Hilfe! Ich baue fest auf ihn! Gerade in schwierigen Situationen schöpfe ich Kraft aus dem Gebet.

Evangelische Verantwortung: Die Familienpolitik muss in Deutschland einen anderen Stellenwert bekommen. CDU und CSU werden deshalb ein

Liebe Leserin, lieber Leser,

im September vor einem Jahr haben die **terroristischen Anschläge** auf das **World Trade Center** und das **Pentagon** die Welt erschüttert. Seitdem hat sich in unserem Denken und Fühlen viel verändert. Wir haben uns in Deutschland intensiv mit den Ursachen dieses Terroraktes beschäftigt. Wir mussten zu unserem Entsetzen feststellen, dass der Terror auch von Schläfern ausging, die unser Land zum Unterschlupf missbrauchten. Die Folge war eine innenpolitische Sicherheitsdebatte, sowie eine ehrliche und ungeschönte Auseinandersetzung mit dem Islam in Deutschland. Diese hält an! In der Evangelischen Verantwortung haben wir viele Beiträge hierzu veröffentlicht. Es ist mir bei aller Notwendigkeit des Dialoges wichtig zu betonen, dass wir in Deutschland keinen gewaltbereiten Islamisten Aufenthaltsgewährung gewähren dürfen. Wir brauchen eine Innenpolitik, die das Grundrecht auf Sicherheit der eigenen Bürgerinnen und Bürger noch ernster nimmt als das bisher der Fall ist.

Aber nicht nur die Ereignisse des 11. Septembers 2001 haben uns erschüttert. Mit Entsetzen haben wir die Zerstörungen betrachten müssen, die die **Jahrhundertflut** an der Elbe angerichtet hat. Viele zehntausende Menschen mussten evakuiert werden, etliche davon verloren nicht nur ihr Hab und Gut, sondern auch ihr Haus. Es ist beruhigend zu wissen, dass die deutsche Bevölkerung sich intensiv mit Ihren Spenden für die Betroffenen einsetzt. Es ist gut zu wissen, dass die Politik auf Landes- und Bundesebene für schnelle und unbürokratische Hilfe gesorgt hat. Jetzt können wir nur noch hoffen, dass die Hilfe vor allem bei denen ankommt, die am meisten betroffen sind. Die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden, die nach der Wende sich einen kleinen Betrieb aufgebaut haben, brauchen unsere uneingeschränkte Solidarität. Sie müssen spüren, dass Deutschland sie nicht allein lässt. **Es ist Zeit für Taten!**

Und so wollen auch wir vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) helfen. Wir wollen mit Ihren Spenden den Kindern im Kirchenkreis Pirna (Sachsen) helfen. Wir sammeln deshalb für die zerstörten und beschädigten Kindertagesstätten, Kinderhäuser, Kindergottesdienstmobiliar etc. der Evangelischen Gemeinden in diesem Gebiet, die durch das Hochwasser sehr in Mitleidenschaft gezogen wurden. Bitte, helfen Sie unseren evangelischen Mitchristen. Die christlichen Gemeinden vor Ort, die geholfen haben, brauchen jetzt selbst unsere Hilfe. Auf Seite 16 finden Sie einen Überweisungsträger!

Es ist nötig, dass wir jetzt in Deutschland über die Parteigrenzen hinweg den Betroffenen schnellstmöglich helfen. Der Wahlkampf hat beim Thema „Jahrhundertflut“ nichts zu suchen. Und dennoch: Wir sind in der heißen Wahlkampfphase und die politische Auseinandersetzung muss weiter geführt werden. Mich haben die bildungspolitischen Aussagen, die in der **Shell-Studie** getroffen wurden, sehr nachdenklich gemacht. Diese Studie belegt eindeutig: Die Jugend von heute sieht ihre späteren gesellschaftlichen Chancen mit dem eigenen Bildungsniveau verknüpft. Die „Null-Bock“-Generation ist durch eine Generation abgelöst worden, die zielstrebig und mit Fleiß beruflichen Erfolg anstrebt.

Dieses „**Ja**“ zur **Bildung** unserer Jugendlichen trifft aber auf ein Bildungssystem, das gerade in SPD-geführten Ländern große Mängel aufweist. Der massive Unterrichtsausfall ist hierfür nur ein Beispiel.

Die rot-grüne Koalition in **Hessen** hinterließ 1999 einen Stundenausfall von 100.000 pro Jahr. Allein der massiven bildungspolitischen Initiative der CDU ist es zu verdanken, dass in Hessen die Unterrichtsgarantie erfüllt ist. Seit 1999 wurden 2900 neue Lehrer angestellt. Dies ist nicht zuletzt das Verdienst von Frau Kultusministerin Wolff, die unserem EAK-Bundesvorstand angehört.



Der SPD-Slogan auf Schröders Wahlkampfplakat: „*Wie viel ein Mensch lernt ist seine Sache. Dass er die Möglichkeit dazu hat, unsere!*“ geht an den Interessen der Jugendlichen und einer vorausschauenden Politik vorbei. Es ist eben nicht reine Privatsache, wie viel jeder lernt. Wir Christdemokraten haben ein großes Interesse, dass jeder so viel wie möglich lernt und lernen kann. Das tut den Jugendlichen und Deutschland gut. Wir stehen für bildungspolitische Förderung und Forderung. Das entspricht unserem christlichen Menschenbild. Hierzu gehört der **ordentliche Religionsunterricht**. Er sorgt dafür, dass auch in Zukunft Werte gelebt werden.

Die SPD ist weit davon entfernt, ein Partner der heutigen Jugend in der Bildungspolitik zu sein. Am 22. September ist Bundestagswahl. Ich würde mich freuen, wenn Sie unsere Arbeit mit Ihrem Kreuz für die CDU unterstützen.

Ihr

Jochen Borchert, MdB
Bundesvorsitzender des EAK

ganzes Bündel von Maßnahmen zur Familienförderung einsetzen. Worauf kommt es Ihrer Meinung nach bei einer guten Familienpolitik an?

Stoiber: Bei über 80 Prozent der jungen Menschen haben Familie und Kinder nach wie vor Priorität in ihren Lebenszielen. Das zeigt sehr eindrucksvoll die neueste Shell-Studie! Wir müssen diesen Wunsch nach Kräften fördern. Zum einen durch eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung der Familien, zum anderen aber auch durch materielle Unterstützung. Deshalb planen wir, schrittweise das Familiengeld einzuführen, das das bisherige Kinder- und Erziehungsgeld ersetzen wird. Mit diesem Familiengeld werden wir alle Familien materiell stärken und Kinder aus der Sozialhilfe holen. Es ist nicht hinnehmbar, wenn heute rund 1 Million Kinder in Deutschland auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Klarstellen möchte ich dabei: Dieses Familiengeld steht allen Eltern zu, egal ob sie berufstätig sind oder nicht. Wir wollen damit eine echte Wahlfreiheit für die Entscheidung des Einzelnen schaffen, Familie und Beruf zu verbinden oder sich ganz der Kinderbetreuung und ihrer Erziehung zu widmen. Beiden Entscheidungen gilt unser Respekt.

Außerdem sollen bereits ab dem Jahr 2003 Kinderbetreuungskosten von 1000 Euro bis zu einem Höchstbetrag von 5000 Euro von der Steuer abgesetzt werden können. Denn Aufgabe des Staates ist es, für Familien und Kinder, und damit für die Zukunft der Gesellschaft, gute und gerechte Bedingungen zu schaffen.

Evangelische Verantwortung: Die Berufung von Frau Reiche in Ihr Kompetenzteam war für viele eine Überraschung. Was zeichnet Frau Reiche Ihrer Meinung nach für diese Position aus?

Stoiber: Die Berufung von Frau Reiche mag manche überrascht haben. Mich haben gerade von jungen Menschen sehr viele positive Reaktionen erreicht, aber auch manch kritische Stimme.

Mir ist wichtig zu betonen: Das unverbrüchliche Bekenntnis zu Ehe und Fa-

milie als ein Wertefundament unserer Gesellschaft steht für CDU und CSU außer Frage. Für uns ist selbstverständlich, dass Ehe und Familie tragende Säulen für die Zukunft unserer Gesellschaft sind und die Ehe als Institution einer auf Lebenszeit angelegten Beziehung in unserer Verfassungsordnung besonders geschützt bleibt. Als Familienvater, der seit 34 Jahren verheiratet ist, stehe ich auch persönlich für die hohe Wertschätzung von Ehe und Familie.

Ich bin davon überzeugt, dass Katherina Reiche mit hoher Kompetenz und persönlicher Glaubwürdigkeit die Positionen der Union in der Frauen-, Familien- und Jugendpolitik repräsentieren wird: Trotz ihres noch jungen Alters ist Katherina Reiche eine Frau, die weiß, wovon sie spricht. Sie steht mitten im Aufbau einer eigenen Familie und kennt daher die Anliegen und Sorgen von Müttern und Vätern aus eigener Erfahrung. Als Mutter will sie Beruf und Familie miteinander verbinden. Katherina Reiche wird die Sorgen und

Anliegen von Müttern und Vätern aufgreifen und in die politischen Entscheidungen einer von der Union geführten Bundesregierung einbringen.

Für Frau Reiche steht der besondere Schutz der Ehe außer Frage, wie sie immer wieder in sehr kompetenter und glaubwürdiger Weise dargelegt hat. Und sie hat als protestantische Christin auch im schwierigen Umfeld der früheren DDR – dies möchte ich mit besonderem Respekt hinzufügen – fest zu diesen ihren Überzeugungen, genauso wie zu ihrem Glauben, gestanden. Die Entscheidung, erst nach der Gründung einer Familie zu heiraten, ist ihre persönliche. Mir ist jedenfalls in den Gesprächen mit Frau Reiche immer deutlich gewesen, dass ihre Beziehung stets auf die Ehe hin angelegt ist. Dies hat sie auch selbst immer wieder zum Ausdruck gebracht. ■

Das Gespräch führte
Dr. Bernhard Felmborg (Bundesgeschäftsführer des EAK).

Beschluss der Wertekommission der CDU Deutschlands

Zum Jahrestag des 11. September 2001

1. Die Welt ist anders geworden

Der 11. September 2001 hat die Welt verändert – wir sehen sie mit anderen Augen. Der Angriff auf die Türme des Welthandelszentrums in New York legte den Blick frei auf zuvor verdrängte Realitäten: Es gibt überall in der Welt an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert tief greifende und schwer überbrückbare Konflikte, die kulturelle und religiöse Wurzeln haben. In diesen Konflikten treten die Unterschiede zwischen dem christlichen Bild vom freien Menschen, zu dem sich die CDU als politische Partei bekennt, und dem Missbrauch von Menschen für einen religiös begründeten Fundamentalismus zutage.

Auf den Trümmern von Ground Zero wuchs die Einsicht, dass ein friedliches Zusammenleben unterschiedlich geprägter Gesellschaften und Staaten nur stattfinden kann, wo die **allgemeinen unveräußerlichen Menschenrechte** anerkannt sind und das Recht geschützt ist. Die Terroristen, die das World Trade Center zum Einsturz brachten, haben die Illusion zerrissen, dass sich eine friedliche Welt auf der Grundlage multikultureller Harmonie gleichsam im Selbstlauf erfüllt. Mit dem Einsturz der Wahrzeichen New Yorks wurde ein planvoll angelegtes Netzwerk des internationalen Terrorismus sichtbar, das von politischem Hass, religiösem Fanatismus und brutalem Machtstreben getragen wird. Zu den erschütternden Erkenntnissen des 11. September gehört,

dass dieses Terrornetzwerk – sei es willentlich, sei es fahrlässig – kaum wahrgenommen und nicht ernst genommen wurde. Nur so konnte es geschehen, dass fünf Jahre lang in Deutschland zielgerichtete Vorbereitungen für den Terrorangriff ungehindert stattfanden.

Die alte Einsicht, dass **Demokratie wehrhaft sein muss**, erhält im Rückblick auf den 11. September neue Aktualität. Unter dem Deckmantel des Multikulturalismus dürfen sich nicht Freiräume bilden, die missbraucht werden. Denn der säkulare, demokratische Staat muss für seine Selbsterhaltung nach innen und außen eintreten. Er muss die Werte, voran die Menschenrechte, auf die er sich gründet, im gesellschaftlichen Bewusstsein lebendig erhalten und verteidigen.

2. Ambivalenz der Reaktionen

Die Terroristen, die die liberalen Gesellschaften des Westens zu ihren gottlosen Feinden erklärten, haben – entgegen ihrer Absicht – die **Einigung auf ein weltweites Bündnis gegen den Terrorismus** bewirkt. Der 11. September hat Abwehrkräfte freigesetzt, die ohne das Entsetzen über die Dimension menschlicher Gewaltbereitschaft, religiös begründeter Intoleranz und heimtückischen Missbrauchs der Freiheit offener Gesellschaften gedanklich und politisch unwirksam geblieben wären. Gleichzeitig erleben wir im Westen eine Ambivalenz der Reaktionen und Deutungen: Zusammenhalt im Bewusstsein der Gefährdung einerseits und emotional auffallende alte und neue Formen des Antiamerikanismus andererseits sind einander gegenläufige Folgen der Wucht des Anschlags.

Ambivalenz kennzeichnet auch die Debatte um die Frage, inwieweit die ungerechte Verteilung von Armut und Reichtum in der Welt revolutionärer Gewalt den Boden bereitet, ja diese womöglich sogar rechtfertigt. Der 11. September hat das Bewusstsein für die Bedeutung des politischen Ziels geschärft, die Gegensätze zwischen arm und reich in der Welt zu überwinden. Als Mittel des Ringens um mehr Gerechtigkeit in der Welt hat sich jede Art von Gewalt durch den 11. September delegitimiert. Der 11. September lehrt:



Armut und Ungerechtigkeit sind nicht die Ursache, wohl aber der Nährboden der terroristischen Gewalt.

3. Grenzerfahrungen der westlichen Demokratien

Der 11. September hat den westlichen Demokratien ungewohnte Grenzerfahrungen auferlegt. Er hat sie aus der **Selbstgefälligkeit der Wohlstandsgesellschaften** aufgerüttelt, die nach dem Ende des Wettbewerbs der Systeme zwischen Ost und West die Kraft zu verlieren drohten, die Legitimität eigenen Tuns zu prüfen, argumentativ zu begründen und mit Reformen unter Beweis zu stellen. Der Angriff hat aufgezeigt, dass an die Stelle des Ost-West-Konflikts eine neue Auseinandersetzung um die zivilisatorischen Werte getreten ist, auf die sich eine globale Ordnung stützen muss.

Die Kräfte um den Terroristenführer Bin Laden werden nicht müde, die politische Ordnung und gesellschaftliche Kultur des Westens als amoralisch zu brandmarken. Der Angriff auf das Welthandelszentrum richtet sich gegen diese Ordnung und Kultur. Er konfrontiert die westlichen Demokratien mit den **Grenzen der Toleranz**, mit der **Verwundbarkeit der offenen Gesellschaften**, mit den Grenzen demokratischer Handlungsmöglichkeiten und mit den existentiellen Fragen nach den Grundwerten der parlamentarischen Demokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft.

4. Führungskraft im Kampf gegen den Terrorismus

Der 11. September stellt die **Frage nach der Verteidigungsfähigkeit und nach der Handlungsbereitschaft aller**, die sich für den Frieden verantwortlich fühlen. Dem Erlebnis kollektiver Hilflosigkeit setzten die USA schnell ihre Entschlossenheit zur Anwendung ihrer

militärischen Überlegenheit entgegen. Ihre Berufung auf die Werte der westlichen Zivilisation und ihre Rolle als einzige weltweit handlungsfähige Ordnungsmacht verlangen eine moralische Legitimation. Berechtigte Fragen, die damit an die USA gestellt werden können, haben sich in Europa jedoch mit anti-amerikanischen Emotionen verbunden, die sich in grotesken Umkehrungen von Ursachen und Wirkungen ausprägen. Ängste vor einem neuen Weltkrieg und vor amerikanischer Übermacht werden gezielt zu politischen Manipulationen missbraucht.

Im Gegensatz zu den USA, deren Führung den Kampf gegen den Terrorismus als eine Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Guten und des Bösen in der Welt begreift, überwiegen in Europa – obwohl selbst angegriffen – Zweifel an den eigenen Werten und seiner Führungskraft. Traditionen und Identität sind brüchig geworden. Europa wirkt hilflos, weil sich in diesem Konflikt immer größere Mängel in der Kenntnis und im Bewusstsein religiöser Inhalte und kultureller Wurzeln offenbaren. Standpunktlosigkeit flüchtet sich in Dialogeuphorie. Der interkulturelle Dialog muss durch politische Konfliktstrategien und rechtliche Konfliktregulierung ausgefüllt werden.

5. Was ist zu tun? Wertebewusstsein schaffen

Um die Herausforderungen des 11. September zu bestehen, bedarf unsere Gesellschaft einer Besinnung auf die Werte, die ihre Freiheit im Inneren, in einer europäischen Verfassungsgemeinschaft und in den außenpolitischen Beziehungen sichern. Dieser Prozess der Wiedergewinnung des Grundwissens und des Bewusstseins unserer geschichtlichen Wurzeln und unserer kulturellen Identität muss sich auf die föderalisti-

schen Traditionen der Bundesrepublik Deutschland und die historischen Gemeinsamkeiten in der Europäischen Union gründen. Das führt zugleich zu den Fundamenten der europäisch-atlantischen Wertegemeinschaft mit den USA.

Die aggressiven Ideologien, die sich im Terrorismus ausdrücken, zielen auf ein Ende des Prozesses ab, in dem sich – unter Führung der USA – im Zweiten Weltkrieg und der ihm folgenden Gründung der Vereinten Nationen die demokratische Legitimation politischer Systeme als Weltstandard durchzusetzen begann. Diese Evolution einer Weltordnung war nur möglich, weil sich ihre europäischen und nordamerikanischen Verfechter selbstbewusst auf die Errungenschaften einer Zivilisation stützten, die ihre Wurzeln in der griechischen Antike, der jüdischen und christlichen Religion, sowie in der Begegnung zwischen Abendland und Morgenland hat.

Diese politische Kultur hat sich in einem Jahrhunderte dauernden Prozess der Aufklärung durchgesetzt, deren Eckpfeiler Bildung und Erziehung sind. Diese politische Kultur Europas hat den christlichen Glauben mit der Vernunft vereint. Daraus sind, basierend auf der Kommunikation in der gemeinsamen deutschen Sprache, die Wertegrundlagen des Grundgesetzes, seine Normen und die Ausformungen unseres Rechts entstanden, auf die unsere Gesellschaft in ihrem inneren Zusammenleben und in ihren Beziehungen zu anderen Kulturen nicht verzichten kann. Sie im Zentrum unserer Erziehung und Bildung, sowie im öffentlichen Bewusstsein, zu erhalten, sieht die CDU als Aufgabe ihrer politischen Führungsrolle an. Das unterscheidet sie von einem politischen Pragmatismus, dessen Ursache Führungsschwäche und Orientierungslosigkeit sind. Die CDU setzt der daraus resultierenden Verunsicherung, die falschen Propheten und Populisten ihre Agitationsräume öffnet, ihr Angebot auf eine werteorientierte Politik entgegen.

Globalisierung gestalten

Durch Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und den Aufbau leistungsfähiger staatlicher Strukturen in den Ländern des Südens muss Entwick-

lungszusammenarbeit zwischen Norden und Süden das Wohlstandsgefälle überwinden. Globalisierung muss erfahrbar werden als Prozess wachsender Teilhabe und wachsender Gerechtigkeit. Einer ökonomischen weltweiten Verflechtung müssen erkennbar demokratisch legitimierte Institutionen gegenüber stehen, die zum Wohle der Allgemeinheit vernünftige Spielregeln transnational festlegen und durchsetzen.

Ehrlicher Dialog mit dem Islam

Der Islam, der als Religion in vielen der wirtschaftlich benachteiligten Zonen der Erde vorherrscht, ist mit dem 11. September Mittelpunkt einer in emotionaler Schärfe und in zumeist mangelhaftem Wissen geführten Diskussion geworden. Die CDU tritt dafür ein, einen ehrlichen Dialog mit dem Islam als Religion, mit den islamisch geprägten Staaten und Gesellschaften, vor allem mit den rund 3,5 Millionen Moslems zu führen, die in Deutschland leben. Dabei lässt sie sich von dem Wissen leiten, dass der Islam als Religion nicht den Terrorismus hervorgebracht hat. Wohl aber ist nicht zu übersehen, dass der gewaltbereite Dschihadismus eine Strömung innerhalb der islamischen Welt ist, in der mehrere Millionen Menschen organisiert sind.

Gegenseitiges Verständnis nicht zuletzt der Weltanschauung kann in diesem Dialog nur gedeihen, wenn beide Sei-

ten die bestehenden Unterschiede nicht zuletzt der Weltanschauung zur Kenntnis nehmen und offen auf problematische Entwicklungen hinweisen. Die Religion des Islam darf dabei nicht mit der politischen Ideologie des Islamismus verwechselt werden. Das religiöse Umfeld, in dem der Islamismus einen Nährboden findet, darf jedoch nicht aus falsch verstandener Toleranz ausgeblendet werden.

Wir in Deutschland können stolz sein auf die Toleranz, die in unserem Staat in religiösen Fragen herrscht. **Toleranz darf jedoch nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden, darf den Missbrauch nicht zulassen.** Religiös begründete Schulen, in denen Kinder und Heranwachsende in Deutschland einer anderen politischen und gesellschaftlichen Ordnung als der des Grundgesetzes verpflichtet werden, können nach den Erfahrungen des 11. September in unserem Land nicht zugelassen bleiben.

Von den in Deutschland lebenden Muslimen müssen wir stärker als bisher die Bereitschaft zur Integration in unsere Gesellschaft und das Bekenntnis zum Grundgesetz verlangen. Dazu gehört die angemessene Kenntnis der deutschen Sprache. Für alle, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, bedeutet Integration in die deutsche Gesellschaft, die Ordnung des Grundgesetzes nicht nur formal anzuerkennen, sondern kraft eigener Überzeugung anzuerkennen.



Seit Dezember 2001 haben insgesamt 482 Leserinnen und Leser **20.128,81 EUR** (= 39.368,53 DM) für die Evangelische Verantwortung gespendet. **Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.**

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500 oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:
Internet: www.evangelischer-arbeitskreis.de

Zur Lage der Christen in Israel und Palästina

Martin Reyher

Wenn ich in diesen Tagen einen Besuch bei unserer palästinensischen evangelischen Schwestergemeinde in Beit Jala machen will, ist dies mit einem größeren Aufwand verbunden. Obwohl nur acht Kilometer entfernt, wird mir dies wohl nicht möglich sein. Denn Beit Jala steht unter Ausgangssperre, genauso wie Bethlehem und Beit Sahour, die benachbarten Städte, in denen es schon immer starke einheimische Christengemeinden gegeben hat.

Ausgangssperre, das heißt: In den Straßen patrouillieren Militärfahrzeuge; wer sich außerhalb seines Hauses aufhält, kann ohne Vorwarnung erschossen werden. Verboten ist auch der Aufenthalt auf dem Balkon, und selbst dem Fenster sollte man nicht allzu nahe sein, wenn eine Militärstreife in der Nähe ist. In unregelmäßigen Abständen wird die Ausgangssperre für wenige Stunden aufgehoben. Man kann dann seine Einkäufe erledigen oder zum Arzt gehen. Dabei hat man nur die eine Sorge: Ja in der Zeit zu bleiben, denn die israelischen Soldaten sind sehr nervös. – Auch wenn die Ausgangssperre den ganzen Tag über aufgehoben wird, um die Städte herum liegen dichte Belagerungsringe. Es ist unmöglich von einer Stadt in die andere zu kommen. **Das Land ist erstarrt.**

Die Ausgangssperre trifft die **Zivilbevölkerung** in den besetzten Gebieten hart. Die



„Die Folgen von Terror und Gegengewalt lasten schwer auf der gesamten Bevölkerung von Israel und den besetzten Gebieten.“

Folgen sind furchtbar. Die Männer können nicht zur Arbeit, Schwangere nicht zum Arzt, medizinische Notfälle können oft nicht versorgt werden. Der Schulterricht in Talitha Kumi, einer christlichen Schule unter deutscher Leitung, die auch von Moslemkindern besucht wird, ist im ersten Halbjahr 2002 zwei Monate lang ausgefallen. Familien werden Monate lang auseinander gerissen.

Die Folgen von Terror und Gegengewalt lasten schwer auf der gesamten Bevölkerung von Israel und den besetzten Ge-

bieten. Für die Christen hier bringt der Kriegszustand jedoch einige Bedingungen mit sich, die ihre besondere Lage unterscheidet von der der Muslime:

Wenige Christen – viele Kirchen

Christen bilden im Heiligen Land nur die verschwindende Minderheit von gut 2%. Davon sind die meisten griechisch-orthodox. Der Bischof der palästinensischen evangelischen Kirche aber wacht über bestenfalls 1200 Gläubige.

Viele Christen im Lande sind Ausländer. Die Armenier, die Kopten, die Äthiopier, aber auch die Italiener bei den Franziskanermönchen, die Deutschen der Benediktinerabtei Dormitio oder der Erlöserkirche, die Engländer, die Schotten, die Dänen, die Amerikaner, die Skandinavier, sie alle haben Gemeinden mit Pfarrern im Land und leben gemäß ihrer je eigenen Tradition „Christsein im Heiligen Land“. Dreizehn selbstständige Kirchen; dreizehn Bischöfe, Archimandriten, Patriarchen, alle in einer Stadt, alle – nicht immer gemeinsam! – gegenüber einer überwältigenden Mehrheit von Muslimen und Juden.

Christen ohne Gewalt

Es fällt auf, dass bisher noch kein Attentat bekannt geworden ist, in dem ein palästinensischer Christ, egal welcher Kirche, eine aktive Rolle gespielt hätte. Nach vielen Verirrungen im Laufe der Kirchengeschichte hat sich offenbar doch Gewaltlosigkeit als wesentliches Merkmal der Christengemeinde durchgesetzt. Das mag mit der historischen Tatsache zusammen hängen, dass die christliche Kirche in den ersten dreihundert Jahren ihres Bestehens selbst verfolgt und der Gewalt ausgesetzt war. Objektiv feststellbar ist in Christenkreisen eine deutlich ablehnende Einstel-

Ankündigung

„Woche der Verbundenheit“ in Jerusalem vom 25. 10. bis 1. 11. 2002

Am Reformationstag, den 31. Oktober 2002, feiert die Gemeinde der Erlöserkirche Jerusalem ihren 104. Geburtstag. Aus diesem Grund hat die Gemeinde ein Programm zusammengestellt, mit dem den Gästen die Sehenswürdigkeiten von Jerusalem als auch das Leben in Jerusalem auf persönliche Art nahe gebracht werden soll. Die „Woche der Verbundenheit“ soll ein Zeichen der Hoffnung sein! Die Gemeinde will sich von den schlechten Nachrichten dieser Tage nicht die Zuversicht nehmen lassen. Zu den Programmpunkten zählt u.a. auch die Feierlichkeit zur Einweihung des Versöhnungsprojekts „Abrahams Herberge“ in der evangelischen Gemeinde von Beit Jala. Anmeldungen bitte direkt an die Gemeinde der Erlöserkirche in Jerusalem: Lutheran Church of the Redeemer, Evangelische Propstei, P.O. Box 14076, 91140 Jerusalem-Old City, Tel.: 009 72-2-6 27 61 11, Fax: 009 72-2-9 27 62 22, E-Mail: Propstei@hotmail.com

lung zur Gewalt, verglichen etwa mit offiziellen Verlautbarungen aus dem Islam oder dem Judentum des Landes.

Christen: sozial und gebildet

Diese Ablehnung der Gewalt wird nun flankiert von zwei Kompetenzen, die Christengemeinden unterscheidbar machen von anderen sozialen oder politischen Gruppierungen des Landes. Christen sind über alle Maßen aktiv auf dem Gebiet der Erziehung, Schule und Ausbildung; und: Christen sind in geradezu beispielhafter Weise tätig auf dem Gebiet der Diakonie/Caritas. Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen, Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen unterschiedlichster Art gehören ganz selbstverständlich zum äußeren Erscheinungsbild der Kirchen hierzulande.

Wir hoffen sehr, dass die Politiker der Region erkennen, welchen unschätzbaren gesellschaftlichen Wert sie in der Existenz der Kirchen haben.

Die Besten wandern aus

Insbesondere die hervorragende Kompetenz auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung bringt nun aber Probleme. Viele der jungen Leute machen auf den kirchlichen Schulen gute Abschlüsse. Dann gehen sie ins Ausland zum Studieren. Und dann kommen sie nicht mehr zurück, weil ihre Lebenschancen beinahe überall auf der Welt besser sind als in ihrem Heimatland. Die Besten wandern aus. Dies ist eine Entwicklung, die im Hinblick auf die Existenz der einheimischen Kirchen bedenklich stimmen mag. Dazu kommt, dass viele Christenfamilien in jüngerem Alter internationale Beziehungen haben – Dank eben der weltweiten Christenheit. Da sind die Möglichkeiten, im Ausland sein Glück zu suchen, viel realer.

Die Folgen liegen auf der Hand: Die Anzahl der Christen im Lande nimmt ab. Bethlehem und Beit Sahour, vormals mit christlicher Mehrheit, sind heute ganz überwiegende muslimische Städte. Und die Christen im Lande haben den einen Alptraum, dass das einzige, was an christlicher Kultur in diesem Lande bleiben wird, die

„heiligen Steine“ sind, Kirchen und Klöster, die Christen dann zu bewachen hätten.

Mittlerweile gibt es in Kanada, den USA und in Süd-Amerika mehr Menschen palästinensischer Herkunft als im Heiligen Land selber.

Der christliche Beitrag

So zahlenmäßig gering der Anteil der Christen an der Bevölkerung des Heiligen Landes ist, so bedeutend ist der Einfluss auf die Kultur des Heiligen Landes. Junge Christen aus Deutschland z.B. arbeiten als Volontäre in sozialen Einrichtungen, um – wie z.B. die Aktion Sühnezeichen – nach dem Gräuel der Schoah um Versöhnung zu bitten. Studenten aus Deutschland verbringen beispielsweise hier ein Studienjahr um Einblick zu erhalten in das Wesen des jüdischen Glaubens. Christen aus aller Welt arbeiten in allen möglichen Einrichtungen des Heiligen Landes, um ihrem persönlichem Glauben so Ausdruck zu verleihen. Dies geschieht auf beiden Seiten des Konflikts, in beiden – feindlichen – Lagern.

Christen aller Kirchen haben sich immer wieder zum gemeinsamen Gebet getroffen. Die jüngste Gebetswoche für den Frieden im Heiligen Land war vom 15. bis 28. August. Vierzehn Gottesdienste mit der Bitte um Frieden, jedes Mal in einer anderen Kirche, jedes Mal in einem anderen Kulturkreis. Vielleicht ist es nicht das, was die Mächtigen dieser Welt beeindruckt. Aber wir, die Menschen, die sich in christlicher Verantwortung jetzt immer öfter in Jerusalem treffen, sie haben nur ein einziges Ziel: Gemeinsam um Frieden zu beten. Und ich bin sicher, dass dies auf die Dauer nicht ohne Wirkung bleiben wird. ■

Anm.:

Martin Reyer ist seit Oktober 2001 Propst in Jerusalem, d. h. Leiter der deutschsprachigen evangelischen Gemeinden in Israel, den besetzten Gebieten und in Jordanien. Gleichzeitig ist er Repräsentant der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Israel.

Überlegungen zur Wertedebatte

Dr. Angela Merkel

Im Zusammenhang mit dem CDU-Motto „Zeit für Taten“ möchte ich einige Überlegungen zur Wertedebatte anstellen. Der Schwerpunkt der Diskussion darf meines Erachtens nicht nur auf dem Begriff der Taten liegen. Vielmehr müssen wir uns mit Zeit den Dingen widmen, die unser Wertesystem ausmachen. Es ist wichtig, dass wir Zeit für etwas haben, und dass wir uns Zeit für etwas nehmen. Dies gilt gerade für die Bewusstwerdung unseres Wertekanons. Zwischen den Generationen geht es nicht nur um einfache Übertragung von Werten, sondern um eine Vermittlung des eigenen Erfahrungsschatzes.

Die Voraussetzung, eine Wertedebatte mit Entschiedenheit führen zu können, ist die Erkenntnis der eigenen Verwurzelung. Es bedarf der Fähigkeit und des Mutes, die eigene Verwurzelung zu benennen, und die Fähigkeit, auszudrücken, was die eigene Verwurzelung ist. Im letzten Urlaub konnte ich beobachten, wie Sträucher auf Trockenheit reagieren, wie sie Dürreperioden durchstehen und was die Funktion der Wurzeln dabei ist. Die Stärke und die Kraft der Wurzeln ist die Grundvoraussetzung für einen großen Strauch. Hat er gute Wurzeln, tiefe und breit verästelte, hält er viele Widrigkeiten aus. Dies gilt auch für die Wurzeln, aus denen wir die Kraft für unser Wertebewusstsein ziehen. Eine

Wertedebatte ohne ein Bekenntnis zu den eigenen Wurzeln kann nicht funktionieren.

Suche nach den wertbildenden Wurzeln

Es ist deshalb unsere Pflicht, dass wir uns mit diesen wertbildenden Wurzeln immer wieder befassen. Es wäre dabei sehr schädlich, wenn die Wertedebatte in den Geruch käme, etwas Veraltetes, ja etwas Rückwärtsgewandtes zu sein. Wertedebatten sind immer aktuell. Es gibt auch keinen Grund, in Depression zu verfallen, etwa, weil in diesem Bereich in der Vergangenheit alles schon einmal gesagt worden ist und dies meistens auch noch von Menschen, die intelligenter sind und die sich besser auszudrücken verstehen als man selbst. Aus vergangenen Diskussionen entwickelt sich kein reales, kein praktiziertes Leben, kein Kompass für das, was ich in meiner eigenen Welt jeden Tag zu entscheiden habe.

Das Nachdenken über Werte muss immer die aktuellen gesellschaftlichen Umstände zur Grundlage haben. Für dieses Nachdenken über das, was uns trägt, brauchen wir Zeit. Diese scheint uns verloren gegangen zu sein, ja das ganzheitliche Denken und Handeln scheint uns abhanden gekommen zu sein.

Vielleicht sind wir noch zu sehr von der Zeit der Industrialisierung geprägt, in der wir es gelernt haben, arbeitsteilig vorzugehen und das ganzheitliche Denken nach hinten zu stellen. Das arbeitsteilige Vorgehen hat in einem hohen Maße zur Anonymisierung bestimmter Vorgänge beigetragen. Wertedebatten können aber nicht anonym geführt werden.

Wir sind gerade in der Politik sehr daran gewöhnt, alles auf ein allgemeines Problem zu reduzieren und anschließend eine Lösung für dieses Problem zu bieten, und wir sind irritiert, wenn sich das menschliche Leben in unsere Raster nicht fügt. Je weiter wir vom einzelnen Menschen entfernt sind, desto einfacher lässt sich ein Raster anbieten und desto weniger passt es zum realen Leben.

Aus diesem Grund ist **Kommunalpolitik** vielleicht die schwierigste Form der Politik, weil sie am wenigsten vor den Menschen flüchten kann. Kommunalpolitiker müssen

Tag und Nacht Rede und Antwort stehen. Als Oberbürgermeister oder Stadtverordneter müssen sie beim Bäcker oder beim Fleischer erklären, warum sie was wie gemacht haben. Wir anderen, und das sage ich durchaus selbstkritisch, sind relativ flüchtige Wesen, die umher reisen und sich sicherlich dieses und jenes sagen lassen müssen, die aber in ihrer endgültigen



„Das christliche Menschenbild ist uns ein guter Kompass.“

Verantwortlichkeit für den einzelnen schwer fest zu machen sind. Und dennoch: auch wir müssen zur **Verantwortung** gezogen werden.

Zugleich bin ich der Überzeugung, dass wir in unserer Gesellschaft unter einem **Erklärbarkeitswahn** leiden. Wir wollen alles erklären können. Aber menschliches Leben lässt sich weder vollkommen voraus-sagen, noch vollkommen erklären und das macht seine Faszination aus. Wir müssen vielmehr lernen, auch mit unserer Sprachlosigkeit umzugehen.

Für mich ist eine der kritischsten gesellschaftlichen Entwicklungen, dass wir uns fast nie mehr Ruhe gönnen. Immer ist etwas los. Deshalb halte ich es für den größten Irrtum unserer Tage, dass wir die Auffassung vertreten, heute weniger Zeit zu haben als früher. Fast scheint es mir manchmal so, als würden wir vor der Zeit, die wir haben, fliehen, um sie in irgendeiner Beschäftigung, die nicht existenznotwendig ist, tot zu schlagen.

Wenn ich an die frühere Agrargesellschaft denke, in der die Menschen um 6.00 Uhr früh aufs Feld gegangen sind und erst bei Einbruch der Dunkelheit zurückkamen und den ganzen Tag brauchten, um ihre Existenz zu sichern, dann steht dies in keinem Verhältnis zu den heutigen Möglichkeiten. Und ob in damaligen Verhältnissen mehr Zeit für Kindererziehung zur Verfügung stand als heutzutage, das möchte ich stark bezweifeln. Ich will diese Zeit nicht beschönigen. Aber ich möchte vermeiden, dass wir uns heute mit unseren gesellschaftlichen Umständen versuchen, herauszureden, als ob wir heute keine Zeit mehr hätten, uns um das eigentlich „Wertvolle“ zu kümmern.

In der früheren DDR, und das lässt sich vielleicht auch gesamtdeutsch diskutieren, hatten wir hinreichend viele Gelegenheiten oder hätten sie gehabt, uns mit den gesellschaftlichen Umständen zu entschuldigen. Dass die deutsche Einheit im Jahre 1989/90 zustande gekommen ist, lag sehr daran, dass wir noch gemeinsame Werte hatten, dass die einzelnen Menschen ihr Leben nach bestimmten Werten gestaltet haben, die überhaupt nichts mit den Umständen zu tun hatten.

Manchmal verhält es sich ja auch geradezu umgekehrt zu dem, was man erwartet. Je widriger die Umstände sind, desto mehr denken die Menschen darüber nach, wie sie diesen Umständen entfliehen können und was ihnen eigentlich wichtig ist. Die Debatten über das, was wirklich wichtig ist, werden heute zusehends vermisst, weil kein Zwang mehr dazu besteht und weil sich diese Diskussionen von innen heraus entwickeln müssen.

Christliches Menschenbild

Das führt uns zum christlichen Menschenbild. Wenn wir uns als Christlich Demokratische Union diesem christlichen Menschenbild verpflichtet fühlen, dann müssen, sollten und werden wir diese Debatte von innen heraus führen. Und ich kenne Gruppen in unserer Partei, die dies mit viel Leidenschaft tun.

Ich will hier die Wertekommission von Christoph Böhr nennen und ich will beispielhaft den Evangelischen Arbeitskreis heraus heben, der sich in vielen, vielen Veranstaltungen dieses Themas annimmt. Ich bin immer wieder erstaunt, wie viele

Menschen zu Diskussionen bei Werteveranstaltungen zusammen kommen. Es ist falsch, wenn wir unserer Gesellschaft nihilistisches Denken unterstellen.

Zeit für die Jugend

Dies gilt für Kinder, Jugendliche und auch für die Erwachsenen. Wenn ich Schulen besuche, spüre ich eine unglaubliche Erwartung an uns Erwachsene. Es ist wichtig, dass wir uns für die Fragen der Jugendlichen Zeit nehmen, ihre Fragen zu beantworten suchen und auf die große Hingabe und Bereitschaft der jungen Menschen in unserem Lande setzen, auch Antworten hören zu wollen. Allerdings, niemand hört so kritisch zu wie Kinder! Und wenn Kinder merken, dass wir mit einer Schablone antworten, wenn sie merken, dass wir uns in irgendeiner Weise etwas unüberlegt angeeignet haben, wenn sie merken, dass wir bei der dritten Nachfrage anfangen zu schreien oder zu rufen: „Schluss mit der Debatte“!, weil wir nicht weiterwissen, dann produzieren wir eine unglaubliche Enttäuschung.

Und vielleicht gibt es ja deshalb unter jungen Leuten eine Diskussion über neue Werte, über Echtheit und Glaubwürdigkeit. Ich habe mich gefragt, ob das von Jugendlichen häufig verwandte Wort „cool“ auch einen Wert darstellt. Der Begriff „Coolness“ sagt etwas über das Gefühl junger Menschen aus, nämlich, dass man emotional mit entsprechenden Situationen clever umgehen soll.

Ich bin mir sicher, dass die jungen Menschen unsere Hilfe mehr brauchen als sie es manchmal zeigen. Wie dürfen sie mit ihren Gefühlen umgehen? Dürfen sie sie zeigen oder dürfen sie es nicht? Und was lernen sie, wenn sie uns beim Umgang mit unseren Gefühlen beobachten?

Familie und Erziehung

Es ist immer noch so, dass Männer und Frauen sich hier unterschiedlich verhalten. Nach Erfurt habe ich in einer Diskussion gesagt, dass es immer noch sehr selten ist, dass sich mehrere Väter treffen, um darüber zu sprechen, ob die Erziehung ihrer Kinder gelungen ist oder nicht. Wie schwer tun wir uns in solchen Gesprächen? Die Diskussionen innerhalb der



„Es ist wichtig, dass wir uns für die Fragen der Jugendlichen Zeit nehmen!“

Familie und zwischen Familien gestalten sich gerade mit Blick auf die Erziehung schwer. Und deshalb glaube ich, ist der erste Schritt auch erst einmal Ehrlichkeit im Umgang unter den Erwachsenen mit sich selbst. Nur wenn wir schwierige Fragen miteinander besprechen können, werden wir auch wieder die Fähigkeit zurückgewinnen, mit unseren Kindern über schwierige Fragen zu sprechen. Heikle Fragen werden dann plötzlich sehr viel leichter zu beantworten sein.

Dies wirkt sich auch auf die Diskussion über das christliche Menschenbild aus. Das Sprechen hierüber wird sehr viel praktikabler. Ich erinnere mich an den Satz von Bischof Bode, der gesagt hat, dass man Gott Gott sein lassen muss, damit der Mensch Mensch sein kann. Wir müssen uns als Menschen immer unserer Fehlbarkeit bewusst sein. Und wenn wir diese Fehlbarkeit auch untereinander annehmen, fällt es uns auch leichter, manches miteinander zu besprechen. Aber es zeigt auf der anderen Seite eben auch, dass wir uns, und das sagt das christliche Menschenbild, mit dieser Fehlbarkeit nicht grundsätzlich herausreden können. Es wäre die falsche Schlussfolgerung, mit der Fehlbarkeit Untätigkeit zu begründen. **Jeder einzelne ist dazu aufgefordert, mit seinen Fähigkeiten einen Beitrag für diese Gesellschaft zu leisten.**

Bedeutung der Freiheit

Und damit kommen wir zu der Frage, wie wir Freiheit zu verstehen haben. Freiheit ist nicht nur, wie wir im Jahre 1989 beim Fall der Mauer dachten, die Freiheit von etwas, also uns endlich von dem Staat, von

der Obrigkeit, von der alles beherrschende Partei gelöst zu haben. Es ist nur eine Seite der Freiheit, dass man sich von Dingen löst. Freiheit bedeutet immer auch, **„Freiheit zu etwas“** zu haben und über diese „Freiheit zu etwas“ müssen wir immer wieder erneut sprechen. Diese Art der Freiheit bedeutet mit Sicherheit, auch eine **Freiheit zum Setzen von Grenzen.**

Ich bin mir sicher, dass das christliche Menschenbild ohne ein Setzen von Grenzen nicht auskommt. Ja, es selbst setzt Grenzen. Und ich glaube auch, dass es über diese Grenzen ein gemeinsames Verständnis geben sollte. Und wenn es dieses gemeinsame Verständnis angesichts neuer Themen nicht gibt, dann muss die Gesellschaft um dieses gemeinsame Verständnis ringen. Die Christlich Demokratische Union muss hierbei eine entscheidende Rolle spielen, weil sie sich als Partei dem christlichen Menschenbild verpflichtet fühlt. Sie muss der Motor sein. Vielleicht sind wir diesbezüglich etwas zaghaft, aber ich finde auch, dass es die Mehrheitsmeinung manchmal schwer hat, durchzudringen.

Ich erinnere mich an einen Evangelischen Kirchentag, an dem der Evangelische Arbeitskreis eine Unterschriftensammlung über die Frage nach den Ladenöffnungszeiten und die **Frage der Sonntagsruhe** durchführte. Eine deutliche Mehrheit derer, die dort an diesem Stand vorbeikamen und sich an der Umfrage beteiligten, sagten, dass sie für eine Liberalisierung der Öffnungszeiten innerhalb der Woche seien, die Sonntagsruhe aber beibehalten wollten. Die Diskussion mit denen aber, die am Sonntag auch arbeiten, einkaufen und erwerbstätig sein wollen, ist oft gar nicht einfach. Dies gilt auch für manche Mitglieder unserer Partei. Und dennoch bin ich der Auffassung, dass die Sonntagsruhe erhalten bleiben muss. Sie ist ein Teil unserer kulturellen Identität.

Wie schwierig es ist, die Sonntagsruhe im konkreten durchzusetzen, möchte ich Ihnen anhand meines Wahlkreises verdeutlichen. Dieser ist die Insel Rügen. Hier gilt die Bäderregelung. Diese aber bringt Probleme mit sich. Denn nicht nur diejenigen, die direkt an der Ostseepromenade ihre Läden haben, wollen ihre Läden öffnen, sondern auch diejenigen, die einige Kilo-

meter von dort entfernt im Hinterland ihrem Geschäft nachgehen. Wo zieht man die Grenze? Ich bin bei dieser Frage standhaft und Gott sei Dank die Zahl derer, die sich in der Christlich Demokratischen Union engagieren, auch.

Politik der Mitte

Ich möchte jetzt noch einen Punkt ansprechen, der mir persönlich sehr wichtig ist. Vor welcher Aufgabe stehen wir? Wir stehen vor der Aufgabe, in einer Zeit gestaltend zu wirken, in der die **Ökonomie** scheinbar durch immer größere Beschleunigung unser Leben bestimmt. Kann die Politik diesem Gestaltungsauftrag noch entsprechen oder kann sie es nicht? Dies ist eine spannende Frage, die vor allem im Zusammenhang mit der **Globalisierung** zum Tragen kommt. Ich glaube, das ist auch die Frage, die sehr stark darüber entscheiden wird, wer es in den nächsten Jahren zustande bringt, eine Politik der Mitte zu gestalten, d.h. eine Politik für die Mehrzahl der Menschen vorzulegen, in der sie sich nicht verloren vorkommen.

Was wir an eruptiven Parteibildungen in Frankreich und Holland erlebt haben, werden wir auch in Deutschland erleben, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass sich die Politik nicht um die ureigensten Sorgen der Bevölkerung kümmert. Die Schill-Partei konnte in Hamburg nur deshalb Erfolg haben, weil das Thema der Inneren Sicherheit durch die SPD jahrelang vernachlässigt wurde. Die Menschen suchen sich ihre politischen Ventile und lassen sich nicht betrügen. Es geht also darum, die Sorgen der Menschen so aufzunehmen, dass sie in ihrem Leben wieder eine Verwurzelung spüren und gleichzeitig an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben können. Weder die Fortschrittsverweigerung noch das Abdriften in die Beliebbarkeit sind Antworten, die sich mit der Wertediskussion vereinbaren lassen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Wertediskussion die politische Debatte in den nächsten Jahren bestimmen wird. Die CDU ist hierfür gut gewappnet. **Das christliche Menschenbild ist uns ein guter Kompass.** Auch in schwieriger Zeit und mit unseren Erfahrungen aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wissen wir uns gebunden an das Gesellschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft, das wie kein zwei-

tes Verantwortung und Freiheit miteinander verknüpft.

Für mich ist es immer wieder unglaublich, dass sich Menschen in Deutschland nach einer Zeit des totalen Zusammenbruchs aufgemacht haben und eine Gesellschaft unter widrigsten Bedingungen aufgebaut haben, in der Widersprüche versöhnt, Brücken gebaut und Leben lebenswert gemacht wurde. Und dieser Ansatz ist mir sehr wichtig. Ich glaube, es wird keine Gesellschaft der Zukunft und auch keine Werte bezogene Gesellschaft geben, die sich nicht fähig zeigt, zwischen den Generationen, zwischen den Konfessionen, zwischen den unterschiedlichen Anschauungen Brücken zu bauen.

Gemeinsames Grundverständnis der Gesellschaft

Eine Gesellschaft muss immer auf einem gemeinsamen Grundverständnis bestimmter Werte gegründet sein. Anders lässt sich Gesellschaft nicht gestalten. Aus diesem Grund sind wir momentan an bestimmten Grenzpunkten angelangt. Wenn ich z.B. mit den Lesben und Schwulen in der Union über die Frage diskutiere, ob man die Ehe in besonderer Weise schützen soll, dann fühle ich mich an einem solchen Grenzpunkt angekommen.

Nach langer Diskussion muss es bestimmte Aussagen geben, von denen ich nicht bereit bin, abzurücken. Und diese Aussagen beziehen sich auf konstitutive Elemente unserer Gesellschaft. Ich persönlich glaube z.B., dass von **Familie** dort gesprochen werden kann, wo sich ein Vater und eine Mutter um Kinder kümmern. Ich bin nicht der Auffassung, dass jeder verheiratet sein muss. Ich will den Menschen nicht vorschreiben, wie sie leben sollen. Und dennoch glaube ich, dass der Satz im Grundgesetz „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes der Verfassung“ richtig ist, und dass er bleiben sollte. Dieser Satz steht nicht zur Diskussion.

An **Grenzen** kommen wir auch beim **Beginn des Lebens und am Ende des Lebens**, weil die Frage der Verfügbarkeit, der Machbarkeit, der Erklärbarkeit, unser Streben, sozusagen alles in ein bestimmtes Raster von Planbarkeit zu geben, sich massiv mit den Fragen des Beginns und

dem Ende des Lebens bricht. Ich finde es wichtig, dass wir momentan über die Fragen menschlichen Sterbens intensiver sprechen als über die Frage der Zuordnung von Verantwortlichkeiten. Wenn man alles nur noch auf die Zuständigkeiten reduzieren will, dann wird man zum Schluss ziemlich irre an der Frage, welche Werte gemeint sind. Ich glaube, dass es für den Einzelnen darauf ankommt, dass er auch am Ende seines Lebens das Gefühl hat, in dieser Gesellschaft ein Recht auf menschliche Behandlung zu haben. Und dafür müssen wir Kraft einsetzen und bereit sein, Geld auszugeben.

Wenn wir die **Pflege von Menschen** in Zahlungseinheiten segmentieren, werden wir schließlich so wichtige Momente wie die Menschlichkeit außer Acht lassen. Wir können nicht bis zum letzten Atemzug alles digitalisieren und in ein Schema pressen. Das wird menschlichem Leben nicht gerecht. Wenn wir uns diesem Versuch ergeben, werden wir keine menschliche Gesellschaft mehr haben. Das heißt, eine menschliche Gesellschaft, die keinen Raum für Ausnahmen, für Sonderfälle, für unvorhergesehene Dinge hat, wird keine menschliche Gesellschaft mehr sein. Und wir werden uns weiter die Frage stellen müssen, wie viel Anspruch der heute lebende Mensch hat, in Gesundheit leben und alt werden zu können.

In wie weit ist es uns erlaubt, für unsere eigene Gesundheit auf andere zurückzugreifen? Wir haben diese Fragen bereits umfassend im Zusammenhang mit dem **Import embryonaler Stammzellen und der Präimplantationsdiagnostik** diskutiert. Ich bin mir bewusst, dass diese Debatten noch längst nicht zum Ende gekommen sind. Wir haben zwar die schwierige Diskussion bei der Organtransplantation zu einem Ziel geführt, aber neue Fragen erscheinen bereits am Horizont.

Wir werden in Zukunft medizinische Dinge machen können, von denen ich gar nicht weiß, ob sie noch human zu nennen sind. Es stellt sich ja berechtigterweise die Frage, wie weit eigentlich meine Identität reicht, wenn ich mit der Hirnforschung zum Schluss sieben Speicher habe und alle Organe transplantiert sind? Bin ich noch der Mensch, der ich bin, oder bin ich ein anderer? Ich bezweifle zum Beispiel, ob die Implantation von Tierorganen eigent-

lich der Menschenwürde entspricht. Hierüber müssen wir offen miteinander diskutieren.

Politik mit den Menschen

Wir haben unser Leben in hohem Maße spezialisiert. Durch diese Spezialisierung haben wir ganze Bereiche menschlichen Lebens dem eigentlichen menschlichen Erfahrungsschatz entzogen. Es ist deshalb wichtig, dass diese Bereiche, wie die Pflege von Menschen, das sich Kümmern um Behinderte, die Begleitung von Sterbenden, wieder mehr in unsere Erlebniswelt Einzug halten. Und deshalb plädiere ich sehr dafür, dass die CDU eine Partei ist, die sich in alle Teile des Lebens begibt, vom Jugendclub bis zur Behinderteneinrichtung, zum Pflegeheim usw. Wir dürfen nicht nur während der Wahlkämpfe „miten im Leben“ sein, sondern müssen es dauerhaft sein, weil wir uns sonst gegenseitig von Vorurteilen ernähren. Wir wollen nicht über die Menschen reden, sondern mit ihnen. Wir wollen keine Politik für die Menschen machen, sondern mit den Menschen.

Diese Politik mit den Menschen hat zur Konsequenz, dass wir wissen, wo wir unsere Gesellschaft voranbringen, ja wo wir Veränderungen in unserer Gesellschaft vorantreiben müssen. Dies gilt vor allem für die **sozialen Sicherungssysteme** und die Entwicklungen des demographischen Faktors. Unsere Gesellschaft wird älter, d. h. wir müssen uns im Besonderen um die junge Generation kümmern, dass sie sich nicht um ihre Lebenschancen betrogen sieht. Und deshalb muss es unsere Aufgabe sein, deutlich zu benennen, was das christliche Bild vom Menschen zur **Eigenverantwortung** zu sagen hat.

Ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, **Arbeitslosen- und Sozialhilfe** wieder zusammenzubringen. Die Kommunen selbst müssen für diese sozialen Leistungen Verantwortung übernehmen, damit es nicht zur Anonymisierung von staatlichen Leistungen kommt. Anonymisierung fördert Missbrauch. Die Bundesanstalt für Arbeit mit ihren 100.000 Beschäftigten kann einzelnen Regionen niemals wirklich genüge leisten. Wir müssen versuchen, Entscheidungen wieder auf die unteren Ebenen zurückzubringen. Wir haben die Aufgabe, unsere Systeme so menschlich zu gestalten,

dass Menschen in ihnen Werte wieder erleben können, allerdings auch um den Preis, dass sie für bestimmte Dinge verantwortlich gemacht werden können.

Eigenverantwortung stärken

Zum Thema Verantwortung möchte ich noch Folgendes bemerken. Es wird kein Leben ohne Risiken geben. Und wenn ich mir einmal die deutsche Rechtsetzung nach dem Zweiten Weltkrieg anschau, dann kann ich als ehemalige Umweltministerin eine lange Liste vorlegen, was wir alles an Rechtsetzung in unserem Lande betrieben haben, nur in dem irrigen Wahn, wir könnten Risiken auf Dauer aus unserer Gesellschaft verbannen.

Wir können natürlich für jeden herabfallenden Ast in jedem Biergarten eine Vorsorgeverordnung treffen. Aber alle diese Verordnungen werden zur Folge haben, dass Freiheit beschnitten wird. Das Gefühl der Verantwortlichkeit des einzelnen wird an spezifische Gesetze delegiert. Wir brauchen einen gesunden Umgang in unserem Verständnis für Risiko und Sicherheit.

Ich glaube, dass wir zu sehr im deterministischen Denken verhaftet sind. Wir glauben, alles voraussagen zu können. Wir können sehr schwer mit Wahrscheinlichkeiten umgehen. Und eine Gesellschaft, die im 21. Jahrhundert gern alle Segnungen der Technik, die gern jeden medizinischen Fortschritt in Anspruch nimmt, die sich für viele Risiken des Lebens richtigerweise absichern will, muss trotzdem lernen, auch mit Unsicherheiten umgehen zu können.

Früher gab es wenige, die diesen Umgang mit Risiken und Sicherheiten gemanagt haben. Das waren die Autoritäten. Wir leben glücklicherweise in einer aufgeklärten, gebildeten Gesellschaft, in der jeder Bürger sein Wahlrecht hat, in die jeder Bürger sich einbringen kann. Damit dies in verantwortlicher Weise, aber auch zum Nutzen aller geschafft wird, ist es notwendig, dass wir mit dieser Balance von Sicherheit, Risiko, Wahrscheinlichkeit und dem, was wir eigentlich wollen, umzugehen lernen.

Dies können wir tun, wenn wir uns über unsere Grundlagen verständigen. Und hierzu gehört wesentlich das christliche Bild vom Menschen. Es besagt, dass der

Mensch in Freiheit lebt, und zwar in Freiheit zur Verantwortung gegenüber dem anderen.

Und diese Freiheit müssen wir immer wieder voneinander einfordern. Tun wir dies, können wir uns nicht mehr damit herausreden, wie schlecht die Umstände sind, und dass das Versagen allein in diesen Umständen liegt.

Vielmehr müssen wir sagen, dass unsere Gesellschaft auch nicht schlechter ist als zu anderen Zeiten. Deshalb haben wir alle Kraft und alle Chancen, ein verantwortliches Leben zu führen. Und natürlich ist es wichtig, dass diejenigen, die sich verantwortlich für etwas oder für andere fühlen, Anerkennung erfahren.

Eine Gesellschaft, die nur noch vom Schock kurzfristig vernünftig wird, um wieder in den nächsten Schock hinein zu fallen, eine solche Gesellschaft wird mit Sicherheit die Kraft zu dieser Menschlichkeit nicht haben. Es gibt mehr Menschen, als wir manchmal denken, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Und ich sage noch eines: Lassen Sie uns nicht Scheu haben vor radikalen und kontroversen Diskussionen. Ich glaube, der unentwegte Zwang, im Konsens auseinander gehen zu müssen, ist auch etwas, was gesellschaftliche Reformen im Keime ersticken lässt. Als Menschen sind wir unterschiedlich und wir haben unterschiedliche Meinungen. Aber wenn wir uns über einige Werte einig sind, haben wir die Freiheit, über andere streiten zu können. Und an diesem Streit wird Jung und Alt mit großer Freude teilhaben. Da werden die Alten über die Jungen und die Jungen über die Alten sagen, dass man voneinander lernen kann, und dass es sinnvoll ist, gemeinsam Gesellschaft zu gestalten. Beschreiten wir diesen Weg, so wird es gerade uns Christdemokraten immer wieder gelingen, Zukunft in Deutschland zu gestalten. ■

Anm.:

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU Deutschlands, hat diesen Vortrag anlässlich der „Zukunftskonferenz Werte“ der CDU am 21. 5. 2002 in Berlin gehalten.

Evangelisches Leserforum



Udo Hahn
Was kann ich glauben?
Antworten für mein Leben.
Gütersloher Verlagshaus,
Gütersloh 2002
144 Seiten. Kt. 8,50 Euro
ISBN: 3579008552

Was nur wenigen Autoren gelingt, ist dem Theologen und Publizisten Udo Hahn vorbildlich gelungen: In seinem Buch „Was kann ich glauben? Antworten für mein Leben“ hat er ein *modernes Konzept* bedeutsamer Glaubens- und Lebensfragen verwirklicht.

Der Beginn: Alle 18 Kapitel beginnen mit „Werbesprüchen“, die den suchenden und fragenden Leser sozusagen durch einen „Paukenschlag“ wachrütteln und neugierig machen, gefolgt von Fragen zum Thema wie **„Was ist Glaube?“** oder **„Wer ist Gott?“**, um den Leser inhaltlich nicht im Ungewissen zu lassen, worum es eigentlich geht. Bereits der geschickt gestaltete Beginn eines Kapitels weist auf das eigentliche Anliegen des „religiösen Konzertes mit modernem Ambiente“ hin: Der überlieferte christliche Glaube gehört nicht der trostlosen Vergangenheit an, deren religiöse „Ohrwürmer“ keiner mehr hören will und kann, sondern ist eine per-

sönlich wichtige, weil lebensdienliche Stimme in der Vielfalt der gegenwärtigen Stimmen.

Die Einführung: Um diesen „Gewinn“ tatsächlich entdecken zu können, werden gleichsam in der Ouvertüre zunächst bekannte Töne angeschlagen, die in das Thema einführen und zugleich über das Besondere ausgewählter Grundfragen des Glaubens und Lebens elementar informieren.

„konkret“: Da die **religiöse Bildung** nicht selten aus dem Konzertsaal des Lebens verdrängt worden ist, kann der Leser dankenswerterweise an dieser Stelle fündig werden, ohne nach einer neuen Partitur suchen zu müssen.

„Nach-Denken“: Reizvoll ist auch das anschließende „Zwischenspiel“, das aus unterschiedlichen theologischen, philosophischen und politischen Quellen gespeist ist und Zitate alter und moderner „Meister“ anbietet. Der Leser kann sozusagen mit den Erfahrungen und Bekenntnissen anderer weiter piano in die Tiefe gehen, ohne auf eine bestimmte Anschauung festgelegt zu werden.

„Was bedeutet das für mein Leben?“: Diese moderne Interpretation alter Lieder sind von dem in Rethmar bei Hannover lebenden Autor so gestaltet, dass viele neu einstimmen werden in das Lied des Glauben, das jetzt zum Lied neuen Lebens geworden ist – für Leser, die auf der Suche nach dem **Sinn des Lebens** sind und dabei immer zugleich auch die Frage nach Gott (heraus-) hören können.

Udo Hahn weiß, wovon er schreibt. Der Theologe hat die kirchliche Situation in der Welt vor allem als Leiter des Res-

sorts „Christ und Welt/ Ev. Kirche“ bei der Wochenzeitung Rheinischer Merkur (Bonn) kennen gelernt. Zurzeit – seit 1999 – ist er Pressesprecher und Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Vereinigten Ev.-Luth. Kirche Deutschlands (VELKD). Die Erfahrungen, die er bei der Vermittlungsarbeit zwischen Kirche und Öffentlichkeit gesammelt hat, kommen dem Buch als besondere Lebenseinsichten zu Gute. ■

Anm.:

Pfarrer Burkhard Budde ist
Direktor des Marienstifts
Braunschweig.

Aus unserer Arbeit



■ **„Toleranz heißt nicht Selbstaufgabe“**
– EAK-Kongress „Dialog oder Kampf der Kulturen in Deutschland?“

Nürnberg: Das Zusammenleben von nicht-muslimisch geprägter Mehrheitsgesellschaft und muslimischer Minderheitsgesellschaft in Deutschland ist eine große Herausforderung. Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CSU widmete seinen Kongress der Frage „Dialog oder Kampf der Kulturen in Deutschland?“. Prominenter Gastredner: **Professor Bas-**

sam Tibi, bekannter Publizist und Islam-Experte. Auch Bayerns Innenminister **Günther Beckstein** war dabei und forderte, unter allen Umständen müsse verhindert werden, dass es zu einem Kampf der Kulturen und Religionen komme. „Die Devise insbesondere nach den Terrorakten vom 11. September kann nur heißen: Den Dialog zwischen Christen und Muslimen auf allen Ebenen zu verstärken“, mahnte der Nürnberger CSU-Chef. Integration könne aber nur gelingen, wenn klar sei, wohin integriert werden solle.

Die Beherrschung der deutschen Sprache, die Anerkennung der Rechtsordnung, sowie Rücksichtnahme auf die

Gepflogenheiten unserer Bevölkerung seien dabei unverzichtbar. Dem islamischen Extremismus werde die wehrhafte Demokratie mit aller Entschlossenheit begegnet. „Wer in unserer christlich-abendländisch geprägten Gesellschaft lebt, der muss deren Traditionen respektieren und darf sich nicht in ein imaginäres Ghetto zurückziehen.“ Nur so könne es ein echtes Miteinander von Bürgern unterschiedlicher Herkunft und Religion geben.

Beckstein, Mitglied im Kompetenzteam von Kanzlerkan-

didat Dr. Edmund Stoiber kündigte an, das Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung nach einem Wahlsieg unverzüglich zu kassieren und binnen eines Jahres ein Gesetz vorzulegen, das Zuwanderung wirklich steuere und begrenze.

„Das, was viele Europäer unter Toleranz verstehen, ist, dass man praktisch alles gelten lässt. Und sie denken, dass sie auf der anderen Seite dafür Anerkennung bekommen“, rügte Professor Bassam Tibi, gebürtiger Syrer mit deutschem Pass. Im Gegensatz zur Mehrzahl hier lebender unpolitischer Muslime seien die Vertreter des Islamismus religiöse Fundamentalisten, die in ihrer beschränkten Gedankenwelt, den Begriff „Toleranz“ gar nicht erfassen und das tolerante Verhalten als Dekadenz auslegen würden.

„Ein Trugschluss sicherlich“, so Tibi, doch er zeige, dass manche Europäer vor übertriebener Angst als euro-arrogant zu gelten und diskriminierend zu wirken, nur allzu leicht in das andere Extrem verfallen, nämlich sich selbstverleugnend den Nicht-Europäern anzubiedern. „Aber Toleranz bedeutet nicht Selbstaufgabe. Toleranz bedeutet Anerkennung von demokratischen Spielregeln im Rahmen gegenseitiger Anerkennung und Praxis von Lebensformen demokratischer Kultur“, kritisierte der mittlerweile in 13 Sprachen übersetzte Islam-Experte. Europa dürfe seine Identität nicht verlieren.

Als Fazit einer zweistündigen lebhaften Diskussion forderte EAK-Landeschef **Dr. Ingo Friedrich** „gegenseitige Achtung, Bereitschaft aufeinander zuzugehen und entschiedene Ablehnung von Extremismus, Fanatismus und Gewalt“ als zen-

trale Voraussetzung für den künftigen christlich-muslimischen Dialog.

■ Schäuble begrüßt hessischen Integrationskurs



Dr. Wolfgang Schäuble, Norbert Kartmann und Karin Wolf.

Butzbach: Auf der Landesdelegiertenversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen wurde die hessische Kultusministerin **Karin Wolff** (MdL) einstimmig in ihrem Amt als Landesvorsitzende bestätigt.

Im Anschluss an die Delegiertenversammlung fand eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit **Dr. Wolfgang Schäuble** statt. Der ehemalige Bundesvorsitzende der CDU sprach über das Thema „**Integration und Leitkultur – zwei Seiten einer Medaille?**“ Dabei betonte der ehemalige Bundesinnenminister, dass dem Spracherwerb bei der Integration eine Schlüsselrolle zukomme. „Wenn man sich nicht verständigen kann, kann es kein Miteinander geben. Denn dann können sich keine Beziehungen zwischen den Menschen entwickeln.“

In diesem Zusammenhang bewertete Schäuble die Forderung der Hessischen Landesregierung als lobenswert, dass Kinder bei der Einschulung der deutschen Sprache mächtig

sein müssen. „Was muten wir sonst unseren Lehrern zu?“ Man müsse jedem, der langfristig in Deutschland leben wolle, sagen: „Wenn ihr hier leben wollt, dann sprecht deutsch.“

Für Schäuble bedeutet verantwortliches Handeln beim Thema Zuwanderung, dass man das Hauptaugenmerk auf die Integration lege. „So wird Demokratie und Toleranz gefördert“.

Die Auseinandersetzungen um die umstrittenen Äußerungen des FDP-Politikers Möllemann bewertete Schäuble als eine „öffentliche Erregungsdebatte“, die von den wichtigen Dingen, wie der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nur ablenke. Die Gefahr eines neuen Antisemitismus in Deutschland stuft er als sehr gering ein.

■ Was ist uns die Familie wert?

Göttingen: Zu der ersten öffentlichen Veranstaltung des wieder gegründeten EAK im CDU-Kreisverband Göttingen konnte die Vorsitzende **Sigrid Jacobi** die CDU-Bundestagsabgeordnete **Ingrid Fischbach**, stellvertretende Vorsitzende der Fraktionsarbeits-

gruppe „Jugend, Senioren, Frauen und Jugend“ begrüßen. Fischbach referierte in Anwesenheit der Wahlkreisabgeordneten **Prof. Dr. Rita Süßmuth** und des Bundestagskandidaten **Hartwig Fischer** zu dem Thema „Unterm Strich ein Minus – familienfreundliches Deutschland“.

In den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellte Fischbach das CDU-Konzept zur stufenweisen Einführung des Familiengeldes. Vorurteilen, das Familiengeld reize zu einer Flucht in die Sozialhilfe, trat die Referentin entschieden entgegen. Das Familiengeld bezwecke gerade, die Kinder aus dem System der Sozialhilfe herauszunehmen und für die Eltern Arbeitsanreize zu schaffen. Ferner habe sich die Politik den gesellschaftlichen Realitäten zu stellen; die CDU wolle und müsse mit der Einführung des Familiengeldes den Eltern eine echte Wahlfreiheit zwischen dem Beruf und der Kindererziehung erst wieder ermöglichen. Diesem Ziel diene auch das Bestreben der CDU, Männern in der Erziehungszeit ein zusätzliches halbes Jahr Leistungen zu gewähren.

Dem Vortrag schloss sich unter der Moderation des stellvertretenden Kreisvorsitzenden **Harm Adam** eine rege und kontroverse Diskussion an. Letztlich waren sich aber alle Redner darin einig, dass Familie nicht einfach nur dort ist, wo Kinder sind. Stattdessen sind Ehe und Familie als lebenslange Beistandschaft zu begreifen. Die sozialversicherungsrechtliche Ausweitung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten, aber auch der Pflegezeiten, insbesondere für nahe Familienangehörige, war breiter Konsens.

„DER HERR HAT SEINEN THRON ÜBER DER FLUT; DER HERR BLEIBT EIN KÖNIG IN EWIGKEIT. DER HERR WIRD SEINEM VOLK KRAFT GEBEN; DER HERR WIRD SEIN VOLK SEGNE MIT FRIEDEN.“

PSALM 29,10/11

Inzwischen wissen wir wieder, was es heißt, wenn eine Flut kommt: Wasser, Wasser und nochmals Wasser! Zerstörendes, mitreißendes, unaufhaltsames, unbarmherziges und verschlammendes Wasser. Überall ist es, auf Straßen, in Parks, in Häusern und Kirchen. Es kennt keinen Unterschied zwischen reich und arm. Es nimmt sich, was sich ihm entgegengestellt. Es kommt aus allen Ritzen hereingeströmt und durch die Wände gekrochen.

Fast hatten wir es vergessen, dass es auch uns in Deutschland direkt treffen kann. Ja früher, da gab es auch in den Evangelischen Gesangbüchern hinreichend Lieder, die von der Not der Menschen in den Fluten Zeugnis gaben und Trost spendeten. Sie sind verschwunden. Haben auch wir Christen nicht mehr mit natürlichen Bedrohungen gerechnet? Denken wir etwa auch, alles im Griff zu haben? Diese Auffassung dürfte sich verändert haben. Wie oft sahen wir ein chancenloses sich Wehren und schließlich ein sich in das Unfassbare ergeben.

Woher soll man die Kraft nehmen, neu zu beginnen? Woher den Mut, das Zerstörte aufzubauen? Woher den Glauben, dass Gott über einem wacht?

In der völligen Verzweiflung aber sind sie da, die fremden Hände, die mit anpacken, die unbekannten Nachbarn, die einen in der Not nicht allein lassen, da ist die Gemeinschaft derer, die sich am eigenen Schaden beteiligt, da wächst die Hoffnung es doch zu schaffen, da gewinnt der Glaube Kraft, in allem bewahrt worden zu sein.

Gott ist es, der Jenseits aller Fluten seinem Volk die Kraft gibt, Herausforderungen zu bestehen. Er sorgt dafür, dass die entblößten und aufgescheuchten Seelen Ruhe finden. Er öffnet den Menschen das Herz zur Hilfe. Und seinem Volk weist er den Schritt zueinander.

Felmborg

Unsere Autoren:

Dr. Edmund Stoiber
CSU-Vorsitzender
Nymphenburger Str.64
80335 München

Propst
Martin Reyer
Lutheran Church of the Redeemer
Evangelische Propstei
P.O.Box 14076
91140 Jerusalem-Old City

Dr. Angela Merkel
CDU-Parteivorsitzende
Klingelhöferstr.8
10785 Berlin

Pfarrer
Burkhard Budde
Direktor des Marienstiftes
Helmstedter Str. 35
38102 Braunschweig

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Silke Adam, Dr. Bernhard Felmborg (V.i.S.d.P.), Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel.: (030) 22070-432, Fax: (030) 22070-436 · E-Mail: eak@cdu.de · www.evangelischer-arbeitskreis.de · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Flut, der Schlamm haben nicht nur in Privathaushalten verheerende Folgen hinterlassen, sondern auch in evangelischen Kirchengemeinden. Gerade frisch renovierte Kirchen, neu angeschafftes Mobiliar sind stark beschädigt oder zerstört worden. Aber es gibt auch mühevoll aufgebaute evangelische Kindergärten, evangelische Kinderhäuser, Kindergottesdiensträume, die stark beschädigt wurden. Dies gilt vor allem im evangelischen Kirchenkreis Pirna. Aus diesem Grund hat sich der EAK entschlossen, für beschädigte und zerstörte Kindereinrichtungen im Kirchenkreis Pirna zu sammeln.

Unter dem Stichwort: „EAK – Fluthilfe“ gelangen Ihre Spenden direkt auf das Konto des betroffenen Kirchenkreises – ohne Zeitverzögerung hilft der EAK direkt.

Wir bitten Sie, helfen Sie den evangelischen Gemeinden. Die Kinder brauchen schnellstmöglich Ihre Kindergärten wieder, um in christlicher Obhut das Erlebte zu verarbeiten.

Mit freundlichem Gruß, Ihr

Bernhard Felmborg

Dr. Bernhard Felmborg
(Bundesgeschäftsführer)

Überweisungsauftrag/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Den Vordruck bitte nicht
beschädigen, knicken,
bestempeln oder beschmutzen.

Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

K i r c h e n k r e i s P i r n a

Konto-Nr. des Empfängers

1 0 4 5 8 0 0 2 5

Bankleitzahl

8 5 0 9 5 1 6 4

bei (Kreditinstitut)

L K G - S a c h s e n

EUR

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)

E A K - F l u t h i l f e

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen á 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

18

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Empfänger

Kirchenkreis Pirna

Konto-Nr. bei

104 580 025 850 951 64

EUR

Kontoinhaber/Einzahler

(Empfangsbestätigung der annehmenden Kasse/Bank)

Datum

Unterschrift